

Tag der Arbeit Rheinfelden, 30. April 2023, Silvia Dell'Aquila

Geschätzte Kolleginnen bis Kollegen
Geschätzte Genossinnen bis Genossen

Ich danke dem Komitee für die Einladung, es freut mich sehr, an der heutigen Vor-1.Mai-Feier zu euch reden zu dürfen.

Insgesamt an acht Orten wird im Kanton Aargau der Tag der Arbeit gefeiert, morgen finden in unserem Kanton zwei Demonstrationen statt, in Aarau und Baden. An kleineren oder grösseren Feiern, mit Reden, Musik und weiteren kulturellen Inputs, kommen wir am Tag der Arbeit zusammen, einerseits um zu feiern, doch viel mehr, um unsere Stimme zu erheben. Und gerade auch in unserem Kanton, ist dies bitter nötig. Als Grossrätin erlebe ich ein Kantonsparlament, dessen Mehrheit sich nicht für die Schwächeren einsetzen will. So schaffen wir es aufgrund der Mehrheitsverhältnissen beispielsweise nicht, die Tagespauschale für Asylsuchende anzuheben. Diese gehört mit neun Franken pro Tag zu den tiefsten der Schweiz. Auch bei den Prämienverbilligungen, bei der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, der Bildung und der Sozialhilfe machen wir nicht vorwärts. Dieses Parlament will nichts von Mindestlöhnen oder Gleichstellung wissen. Oder von einer fairen Finanzierung des Gesundheitswesens. Und auch die Löhne der Kantonsangestellten erfahren keinen Teuerungsausgleich. Die Vorstösse von linken Parteien werden immer wieder abgeschmettert. Und dies alles, obwohl der Kanton Aargau seit mehreren Jahren dreistellige Millionengewinne verzeichnet. Wozu brauchen wir diese Gewinne? Um unnötige Steuererleichterungen für Unternehmen und Wohlhabende zu finanzieren.

Das diesjährige 1. Mai-Motto lautet: «Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt!»

Dieses Motto fasst unsere Forderung zusammen:

Wir fordern Verteilungsgerechtigkeit.

Die Gewerkschaften haben an den letztjährigen Lohnverhandlungen mehr Lohn für alle Arbeitnehmenden gefordert. Wir alle wissen, dass die steigende Teuerung und die steigenden Lebenshaltungskosten für viele, ja für alle, Menschen einen Kaufkraftverlust bedeuten. Vielleicht nicht für alle, aber für viele bedeutet dies eine grosse Unsicherheit. Wird man die nächste Miete zahlen können? Wie entwickeln sich die Preise für Strom, Gas und Lebensmitteln? Gerade in diesem Jahr hätte es substantielle Lohnerhöhungen geben müssen. Nach etlichen, enttäuschenden Lohnverhandlungen mussten wir feststellen, dass die Löhne ungenügend erhöht wurden. So starteten viele Arbeitnehmende dieses Jahr mit nicht oder unzureichend erhöhten Löhnen. Wieder einmal müssen die Arbeitnehmenden den Gürtel enger schnallen. Die Unternehmen schreiben aber munter schwarze Zahlen, auch Städte und Kantone melden «überraschend» hohe Gewinne. Banken werden gerettet, in denen versagende Manager noch die Frechheit haben, ihre Boni zu verlangen.

Wir fordern Verteilungsgerechtigkeit.

Im letzten, wie auch in diesem Jahr mussten und müssen wir Angriffe auf die Altersvorsorge abwehren, wie wir dies schon seit Jahren immer wieder mussten. Leider waren wir diesmal

nicht erfolgreich. Die knappe Zustimmung zur AHV 21 schmerzt immer noch. Die AHV wird auf dem Buckel der Frauen und der tiefen Einkommen saniert. Und schon kommt ein weiterer Schlag: Mit der vom Parlament kürzlich verabschiedeten Reform BVG 21 zahlen Versicherten mehr für tiefere Renten. Während der Vorschlag, der von den Sozialpartner*innen, also Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, ausgehandelt und vom Bundesrat übernommen wurde, das BVG modernisiert, die Renten stabilisiert und jene von Teilzeitbeschäftigten und Arbeitnehmenden mit tiefen Einkommen umgehend verbessert hätte, hat das Parlament die Vorlage so verändert, dass sie für alle Arbeitnehmenden zu einem teuren und willkürlichen Abbauprojekt wird. Tritt sie in Kraft, bezahlen praktisch alle noch höhere Beiträge für noch schlechtere Leistungen. Die einzigen, die ihre Profite sicher in der Tasche haben, sind die Banken und Versicherungen. Deshalb haben wir Gewerkschaften das Referendum ergriffen und ich bitte euch, falls ihr das nicht getan habt, das Referendum noch heute zu unterschreiben.

Wir fordern Verteilungsgerechtigkeit.

Von all dem sind Frauen* besonders betroffen. Die Lohnungleichheit ist, sieht man sich die neusten Zahlen an, noch einmal gestiegen. Und dies, obwohl seit Jahrzehnten ein verfassungsmässiges Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt. Die Lohnungleichheit beträgt aktuell 18 Prozent, 7.8 % ist der Anteil der unerklärten Differenz, also der Anteil der Lohnungleichheit, der nicht mit objektiven Faktoren erklärt werden kann. Das Gleichstellungsgesetz wurde zwar vor 3 Jahren revidiert und Unternehmen, welche mehr als 100 Mitarbeitenden haben, wurden verpflichtet, eine Lohnungleichheitsanalyse durchzuführen. Aber auch hier wurde eine Vorlage vom nationalen Parlament so verwässert, dass sie keine Zähne mehr hat. Das ist ein lauwarmer Tropfen auf dem heissen Stein. In einigen Kantonen tut sich nun was, um dieses Gesetz zu verschärfen, in dem schon Unternehmen mit über 50 Mitarbeitenden verpflichtet werden, eine Analyse durchzuführen; so im Kanton Jura oder im Kanton Basel-Stadt. Ein entsprechender Vorstoss im Grossen Rat, den ich für die Fraktionen der Grünen und der SP eingereicht wurde, wurde vom Regierungsrat und vom Grossen Rat abgelehnt. Aber: wir wollen da für den Kanton Aargau weiter machen...Mehr kann ich im Moment nicht verraten. Aber ihr werdet in den nächsten Wochen davon hören.

Es ist besonders wichtig deshalb, dass wir uns am 14. Juni alle am diesjährigen feministischen Streik beteiligen. Es soll ein Erfolg werden wie im 2019. Damals ging eine halbe Million Menschen auf die Strasse. Es ist seither ausser der «Frauenwahl» vom Herbst 2019 und vielen Diskussionen nicht viel Konkretes passiert, ausser, dass Frauen wieder einmal verlieren: Sie erlebten in den letzten Jahren eine Verschlechterung bei den Löhnen und der Altersvorsorge. Dieses Jahr haben wir viel mehr Gründe, auf die Strasse zu gehen.

Und: wir alle, Frauen bis Männer, haben gute Gründe, unsere Stimme am diesjährigen Tag der Arbeit zu erheben und auf die Strasse zu gehen. Kommt morgen an die Demonstrationen in Aarau und Baden!

Für Verteilungsgerechtigkeit.

Für mehr Lohn, mehr Rente und eine echte Gleichstellung – JETZT!